Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 46. Sonnabend den 24. Februar. 1849.

Inland.

Berlin, den 22. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant a. D. von Drigalski den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem katholischen Geistlichen, Vikar von Münstermann, zu Ostbevern, Kreis Warendorf in Westphalen, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Justiz-Kommissarius, Justizrath Grubitz zu Neuhaldensleben und dem Prorektor Krebs am Gymnasium zu Schweidnitz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Erbschulzen Friedrich Zech auf dem Kietz bei Storkow das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Preußen sind von Weimar zurückgekehrt.

Die Ernennung des Ober-Landesgerichts-Assessors Roßmy zum Justiz-Kommissarius bei dem Land- und Stadtgericht zu Gostyn und zugleich zum Notarius im Departement des Königl. Ober-Landesgerichts zu Posen ist auf seinen Antrag zurückgenommen, und dagegen der bisherige Kammergerichts-Referendarius Wißmann zum Justiz-Kommissarius bei dem Land- und Stadtgerichte zu Gostyn und zugleich widerruflich zum Notarius im Departement des Königl. Ober-Landesgerichts zu Posen, vom 1. März d. J. ab, ernannt worden.

Posen, den 23. Februar. Man trägt sich hier wieder mit Gerüchten von einem auch in unserer Provinz aufs Neue bevorstehenden Putsch, und es würde uns in der That nicht wundern, wenn auch diesmal wieder der im Südwesten Deutschlands angedeutete Flammenausbruch an dem politischen Himmel unserer diametral gegenüberliegenden Grenzmark einen blutigen Reflex erhielte. Notorisch ist, daß an vielen Orten wieder Sensen für eine Frühlingsernte geschmiedet werden, und es haben mehrere kleine Städte der Provinz beim hiesigen Generalkommando um verstärkte oder um neue Besatzung gebeten. Die Zeiten sind noch nicht gekommen, wo den hiesigen Deutschen das Zusammentreten zu Schutzvereinen und gegenseitigen Verbrüderungen entbehrlich wäre. Wir möchten sie wiederholentlich an diese Pflicht erinnern.

PC Berlin, den 20. Febr. Von den Worten, womit der ministerielle Lloyd die Oesterreichische Note begleitet, verdienen einige beachtet zu werden: „Wir geben in einer andern Spalte den Abdruck der Oesterreichischen Note, welche der Regierung Deutschlands Aufschluß über die Stellung Oesterreichs zu jenem Lande giebt."

„Wenn die Constituirung Deutschlands in der Weise fortschreitet, daß ein Deutscher Fürst an die Spitze des Staats gestellt werden muß, so wird dieser Fürst dem Haus Habsburg angehören. Diese Ueberzeugung schöpfen wir (sehr schöpferisch!!) aus der Ueberzeugung des Deutschen Volkes. Preußen hatte ein freies Feld für sich, anscheinend ohne Gegner. Es hatte alle Sympathien für sich, die es je gewinnen kann. Es hatte Chancen für sich, die es schwerlich jemals wieder gewinnen kann. Oesterreich hielt sich fern und räumte das Feld seinem Rivalen. Und doch konnte dieser dasselbe nicht behaupten."

„Eine schwere Aufgabe ist zu lösen, wie die Integrität des Oesterreichischen Kaiserstaats unverkümmert aufrecht erhalten und doch die engste Verbindung mit Deutschland erzielt werden kann. Sie wird die Minister, den Reichstag (d. h. den Oesterreichischen!) und die Presse beschäftigen." — — „Wir fühlen uns beruhigt in der festen Ueberzeugung, daß jene Aufgabe gelöst werden kann und gelöst werden wird." — Ein Korrespondent des Lloyd (K.) aus Frankfurt schreibt: „Hätte die Note (die Oesterreichische) gesagt, Oesterreich hat nichts gegen den Bundesstaat einzuwenden, aber es beansprucht die Leitung desselben, so wären der Note alle Herzen zugeflogen." O zarte Sehnsucht, süßes Hoffen! Si oiseau j'étais! — Weiterhin: „Die Preußische Suprematie aufzugeben, um den Bundesstaat zu retten, ist jeder bereit." Auch Gagern, auch jeder Preuße! „schwieriger aber ist es, die Oesterreichische Suprematie auf Kosten des Bundesstaats zu retten!!!"

Mittlerweile erklärt Schmerling dem Deutschen Justizminister, daß Oesterreich, wegen seiner außerdeutschen Komplexe, also aus Gründen, welche fortdauern, sich zu jedem Reichsgesetze die besondere Zustimmung vorbehalte, ganz gemäß der Erklärung vom April 1848. Wir müssen jene Gründe für stichhaltig anerkennen, aber auch endlich einsehen, daß das Direktorium oder irgend eine andere Form der Centralgewalt, also das Verzichten auf das Kaiserthum, uns Oesterreich nicht um Einen Schritt näher bringt. Entweder wir müssen der Oesterreichischen Regierung uns unterwerfen, oder auf jede Regierung verzichten. Im ersten Fall ist der Deutsche Bundesstaat verloren, im zweiten Fall der Deutsche Bundesstaat, beide Mal „ist die Oesterr. Suprematie auf Kosten Deutschlands" gerettet. Oder bleibt uns ein Drittes? Das Gagernsche Programm!

CC Berlin, den 21. Febr. Es ist gewiß eine interessante Thatsache, daß unter den 741, welche im vorigen Sommer von Berlin aus als Freiwillige nach Schleswig eilten, bei der nachherigen Untersuchung durch die Kreisersatz-Commission nur 11 als zum Militärdienst fähig sich herausstellten. Die übrigen waren theils körperlich, theils moralisch unbrauchbar.

Berlin, den 22. Febr. Die irdischen Ueberreste des in Münster verstorbenen Prinzen Waldemar werden, wie man hört, in der Domgruft beigesetzt werden. Man hofft, in dem Nachlaß des so früh Dahingeschiedenen interessante Manuscripte zu dessen wissenschaftlichem Werke über Indien, wovon bereits ein Theil vollendet ist, zu finden. — Der „Westphälische Merkur" theilt mit, daß ein englischer Offizier über den Prinzen Waldemar einst geäußert habe: „Drei Eigenthümlichkeiten haben ihm unsere ganze Hochachtung gewonnen. Kaltblütiger als er, ist Niemand vor dem Feinde, dann ist er ganz anspruchslos und ein sehr kühner Reiter.

— In dem Ministerium wird jetzt die Thronrede berathen, mit der die Kammern eröffnet werden sollen. Dieselbe wird, wie wir erfahren, in einem sehr versöhnenden Tone gehalten sein, den Zwiespalt zwischen der letzten Volksvertretung und der Krone vorzugsweise mit Schonung berühren, in der deutschen Frage aber sich sehr entschieden aussprechen. — Aus sehr sicherer Quelle erfahren wir ferner, daß das Ministerium sich auf Grund verschiedener eingegangener Berichte definitiv dahin entschieden hat, den Belagerungszustand (den es in der That Ende dieser Woche aufzuheben beabsichtigte) fortdauern zu lassen. Es wird demnächst den Kammern gegenüber in Betreff des Belagerungszustandes die Initiative ergreifen und Actenstücke produciren, wodurch es die Fortdauer desselben zu motiviren hofft. Gleichzeitig wird es mit Preß- und Clubgesetzvorlagen vorgehen und für Berlin auch während des Belagerungszustandes die durch das Preßgesetz begrenzte Freiheit wieder eintreten zu lassen.

— Der Oberpräsident der Provinz Preußen, Hr. v. Auerswald, mehrere Male zum Mitglied der ersten Kammer gewählt, ist auf der Elennsjagd durch den Schuß eines Mitjägers mit Schroot heftig unter dem Auge verwundet. Uns wird indessen versichert, er sei außer Gefahr. Leider werden seine Freunde dieses ausgezeichnete Mitglied der konstitutionellen Partei wenigstens im Anfang der Legislatur zu vermissen haben.

— Der auf Gegenseitigkeit gegründete Köln-Münster Viehversicherungs-Verein ist durch k. Kabinets-Ordre vom 2. Febr. ermächtigt worden, seine Wirksamkeit, welche nach den Anfangs genehmigten Statuten auf die Provinzen Rheinland und Westphalen beschränkt war, nunmehr auch über den ganzen Umfang der preußischen Monarchie auszudehnen.

— Auf vorgestern Nachmittag hatte der Vorstand der Schneider-Innung sämmtliche hiesige Innungs-Patentmeister zu einer Versammlung in Villa-Colonna zusammengerufen, um über das Gewerbegesetz zu berathen und dessen Vor- und Nachtheile abzuwägen. Nach einer ziemlich lebhaften Debatte sprachen die anwesenden circa 1500 Meister ihre Nichtbefriedigung mit den erlassenen Bestimmungen aus, weil diese ihnen zu wenig beschränkend gegen die Nichtmeister schienen. Die Opposition der Herrenkleidermacher richtete sich vornehmlich gegen den §. 34, welcher den Kommunen das Recht einräumt, die eventuelle Errichtung von Kleider-Magazinen zu genehmigen, während sie dieses Recht nicht den Gewerberäthen, sondern den Innungen vindicirt wissen wollten. Ja man ging noch weiter und wollte, daß die bestehenden Kleider-Magazine nur ihre Vorräthe ausverkaufen dürften und künftig nur derjenige ein Kleider-Magazin errichten kann, der das Handwerk gehörig erlernt hat und geprüft worden ist. Die Damenkleidermacher richteten ihre Angriffe auf §. 47, in welchem der Passus „die Beschäftigung weiblicher Personen unterliegt keiner Beschränkung" nicht blos aufgehoben, sondern auch durch ein entgegengesetztes Verbot ersetzt werden soll. Man wählte eine Kommission von 11 Personen, welche mit einer schon bestehenden Kommission vereint, die weiteren Schritte thun soll. Auf den Vorschlag eines Meisters erklärte sich die Versammlung fast einstimmig: Die gewählte Kommission möge sich sofort mit den übrigen Gewerken in Verbindung setzen, um eine möglichst energische Petition an die Kammern, **für die Errichtung von National-Magazinen** im ganzen Preußischen Staate zu Stande zu bringen. Man hatte den Leuten so viel von socialen Prinzipien vorerzählt, bis sie ohne irgend eine Kenntniß plötzlich allein durch diese ihr Heil zu finden glauben. Aus der Debatte ging übrigens hervor, daß man nicht mehr und nicht weniger als die Louis Blancschen Theorien in die Praxis eingeführt wissen will, ungeachtet die Anwesenden von der in Frankreich erwiesenen Unhaltbarkeit derselben unterrichtet waren.

— Man erzählt sich von einer Scene, in welcher der Gen. v. Wrangel eine entschiedene Aeußerung gethan. Die Demokraten haben bereits jetzt um die Erlaubniß angehalten, den Märzzug nach dem Friedrichshain halten zu dürfen. Der Gen. v. Wrangel hat, so sagt man, geantwortet, daß er nicht dagegen habe, sondern sich nur vorbehalte, den Zug mit 10,000 Mann und 24 Kanonen zu begleiten. — Gestern haben die Schneider eine wahrhaft rebellische Zusammenkunft gehalten. Es haben sich 30 Schneider erboten, für die Schutzmänner die Kleider wohlfeiler anzufertigen als alle übrigen Schneider. Jetzt wollen alle Schneider eben so wohlfeil arbeiten. In der Versammlung kamen dann aber noch viele andere Dinge zur Sprache, nämlich daß von den 4000 Berliner Schneidermeistern nur 400 Steuern zahlen. Man verlangt eine billigere Zahlung für das Bürger- und Meisterwerden. — Heute ist auch das Haus der Somnambule am Unterbaum gesperrt worden.

— Auch Berlin wird nächstens seine Sendlinge nach Californien schicken; das Goldfieber und die Aussicht auf einen leichten, überaus lohnenden Markt treiben Leute aus allen Ständen zur Fahrt nach dem fernen St. Francisko. Die meisten davon werden mit Hamburger und Bremer Schiffen um das Kap Horn gehen; nur zwei Ausnahmen sind uns bis jetzt bekannt, auf die es um so mehr der Mühe werth ist, zu achten, als sie ein schwieriges und kostspieliges Unternehmen mit Umsicht einleiten, und dasselbe nach ihren theoretischen Kenntnissen, ihrer Praxis, ihrem Muthe, ihren Kräften voraussichtlich eben so durchführen werden. Herr Adolph Markwald hat nämlich die Absicht, mit einer geringen Waarenladung seinen Weg auf der Westindien-Post über den Isthmus zu nehmen, und so Francisco schon Mitte Mai zu erreichen; zwar verspricht er sich durch diesen Vorsprung gegen andere Expeditionen einen erheblichen Mehrgewinn, indessen kann dieser nicht zu groß sein, wegen der unverhältnißmäßigen Vertheurung und den vielen Schwierigkeiten des Transportes von irgend bedeutenden Lasten. Hauptsächlich beabsichtigt Herr Markwald Agenturen zu übernehmen, deren ihm mehrere am hiesigen Orte schon übertragen sind, und mit den Erfahrungen, welche er in einem viermonatlichen Aufenthalt in Californien bis zur Ankunft der Segelschiffe erlangt haben wird, diesen den Absatz erleichtern, so wie die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen zu helfen, welche den Schiffen und Auswanderern im unbekannten Lande begegnen müssen.

— Die mysteriöse Entführungsgeschichte, von welcher die hiesigen Blätter öfter Mittheilung machten, soll ihren Grund in dem Liebes Fanatismus eines Barons haben. Der Mann soll von der Vorstellung nicht ablassen, daß das Mädchen, welches er mit seinen Attentaten verfolgt und das bereits die Verlobte eines jungen Arztes ist, sein Lebensglück begründen werde. Dies ist Alles, was, wie man uns meldet, polizeiliche Recherchen bis jetzt ans Licht zu bringen vermochten. Ein Werkzeug des hartnäckigen Verfolgers, Therese Sch, soll bereits zur Haft gebracht sein; dieselbe soll aber durch anscheinend simulirte Krämpfe jeden Versuch, sie gerichtlich zu vernehmen, vereitelt haben.

Koblenz, den 18. Februar. Auf den benachbarten Eisengießereien der Saynerhütte herrscht gegenwärtig eine außergewöhnliche Thätigkeit, indem eine große Anzahl von Arbeitern mit Anfertigung mehrerer Hunderte von Geschützen für die deutsche Marine beschäftigt ist. Es sind meist 24- und 35-Pfünder, welche jetzt gegossen werden, wonach eine Anzahl, man sagt 400, Bombenkanonen schwersten Kalibers, meist 64-Pfünder, an die Reihe kommt. Da das Sayner Eisen sich ganz vorzüglich zu Kanonen und Wurfgeschossen eignet, so wird auch eine Anzahl derselben, welche für die preußischen Kanonenböte bestimmt sind, ebendaselbst verfertigt werden. Wenn es mit dem Bau der Kriegsschiffe so rasch von Statten geht, als zu Sayn mit Verfertigung des nöthigsten Armirungs-Gegenstandes für dieselben, so werden wir bald eine respektable Seemacht haben.

Oldenburg, den 14. Februar. Vorgestern ist die Reichs-Kommission, Oberst von Kudriaffsky, Major Teichert und Oberst-Lieutenant von Glünder zur Besichtigung unserer Küste hier angekommen. Auch in Betreff des Kriegshafens an der Jahde sind wir einer Kommission gewärtig. In Brake und Elsfleth werden im Auftrage der Centralgewalt mehrere Kanonenböte gebaut. Auch wird einer unserer Artillerie-Offiziere, der Ober-Lieutenant Rüder, nach Kurhafen kommandirt werden, um dort eine Strandbatterie zu errichten.

Meiningen, den 14. Februar. Der Kammer ist mitgetheilt worden, daß der Herzog auf eine Verminderung der Civilliste einzugehen gesonnen sei und die ihm gesetzlich zustehende Bestätigung des von der Kammer gewählten Präsidenten aufgebe.

Stuttgart, den 18. Febr. Der Minister des Innern hat ein Reskript über die Aufnahme der Ausländer zu dem Staatsbürgerrecht nach dem §. 3. der Grundrechte erlassen, in welchem er erklärt, daß die Bestimmungen derselben innegehalten werden sollten, und eine Ausnahme nur gegen die Unterthanen solcher deutschen Staaten gemacht werden sollte, welche bei sich diese Bestimmungen der Grundrechte nicht gelten ließen.

München, den 17. Febr. Eine heute statttgehabte Reichsrathssitzung bot großes Interesse. Auf den Antrag des Grafen Arco-Valley stimmte die Kammer, mittelst Namensaufrufs, einstimmig der Erklärung bei: „Die Kammer der Reichsräthe folgt dem Gebote der Pflicht und Ehre, indem sie für Deutschlands, wie für Bayerns Wohlfahrt und Bestand, einerseits sich gegen die Lostrennung Oesterreichs aus dem deutschen Bundesreiche, andererseits gegen die Errichtung eines preußischen Kaiserthums ausspricht." Der Gr. Lerchenfeld-Köfering (unser bisheriger Gesandter in Berlin) nahm als

Reichsrath an der Sitzung Theil; er wird in den nächsten Tagen als bayerischer „Verständigungs-Commissar" nach Frankfurt gehen. — Nach einem heute Vormittag bekannt gewordenen Beschlusse der seitherigen Minister werden dieselben sämmtlich im Amte bleiben (?), da sie es vorzogen, lieber alle zu bleiben, als den Austritt Einzelner zuzugeben. Ihr Auftreten gegenüber der Kammer wird höchstwahrscheinlich in der Art sich gestalten, wie bereits angedeutet worden ist.

Hannover, 18. Febr. Bei der heutigen Abstimmung wird der Antrag **Lang's**, **der die Grundrechte als zu Recht bestehend anerkennt**, mit 53 gegen 27 Stimmen angenommen. Auf der Straße wurden **Lang** und **Freudentheil** mit lautem Zuruf begrüßt.

— Die **erste Kammer** hat an demselben Tage mit 39 gegen 13 Stimmen auf Niedersetzung einer Kommission zur Prüfung der Ministerial-Vorlage vom 10. d. M. angetragen.

— **Am 18. Februar Mittags reichte das Ministerium Stüve in Folge der Abstimmung der zweiten Kammer seine Entlassung ein.** Ob der König sie annehmen wird, ist zweifelhaft.

Frankfurt a. M., den 17. Febr. Ueber die Rede des „alten" **Jahn** aus Freiburg sagt die „Deutsche Zeitung": Wir haben ihn noch nie mit so großer Wärme, mit diesem in derben Scherzen übersprudelnden Gefühl reden hören. Die Angriffe des September hatten den redlichen Alten etwas irre gemacht an den Forderungen der Freiheit; aber bei dieser Frage, der Grundlage dessen, was er sein ganzes langes Leben verfochten hat, kehrte er zur geraden ursprünglichen Gesinnung zurück. Er redete wie ihm um's Herz war, denn „er verachtet den Beifall, mag er von oben oder von unten kommen, und er verbittet sich alle Mißfallensbezeugungen." „Und nun zur Sache!" fuhr er fort. „Ich bin gewählt für einen Preußischen Wahlbezirk nach dem Preußischen Wahlgesetz. Da heißt es, jeder großjährige, unbescholtene Mann, der keine Armenunterstützung empfängt, ist Wähler. Daran will ich festhalten. Ich will den 193 Preußischen Abgeordneten nicht das schlechte Kompliment machen, sie seien aus schlechten Wahlen hervorgegangen. Freilich ist im Preußischen Wahlgesetz nur eine mittelbare Wahl und ich hätte viel lieber eine unmittelbare; aber immer noch besser eine mittelbare Wahl, als eine Abschätzung nach Geld! Ich will einmal meinem Spitznamen als Professor Ehre machen: was sagt der alte Aristoteles? Keine Verfassung schlechter, als die auf Geld sich stützt. Sie führt zu Mord und Todtschlag. Gerade die Klassen, die Ihr ausschließen wollt, die bilden den Kern des Volkes. Aus ihnen sind alle die Leute hervorgegangen, die den Ruhm der Nation im Staat, in der Kirche und in der Wissenschaft gegründet haben. Wer kennt nicht die Worte, die auf dem Vereinigten Landtag gesprochen wurden: Meine Wiege hat am Webstuhl meines Vaters gestanden. (Beckerath's Worte; die Versammlung brach in den lautesten Jubel bei dieser Anspielung aus.) Um Gotteswillen, schafft nicht neue Stände, nachdem Ihr die alten abgeschafft habt! Theilt nicht das Volk in zwei feindliche Heerlager, die sich auf Tod und Leben bekämpfen müssen. Das Wahlrecht darf an keine Bedingung geknüpft werden, die nicht Jeder erfüllen kann. Sechs Bedingungen will ich aufstellen. Der Wähler soll volljährig sein. Die Bedingung erfüllt sich von selbst. Er soll einen eigenen Haushalt haben. Das kann auch Jeder. Er soll ein eigenes Geschäft haben. Das muß jeder ordentliche Mann. Er darf nicht bestraft sein. Er muß unter seinen Nachbarn für ehrenhaft gelten. Er muß endlich, wie es auch bei den alten Germanen war, seiner Wehrpflicht genügt haben. Diesen Bedingungen nachzukommen, darein muß Jeder seine Ehre setzen, und nicht, wie jetzt viele junge Leute thun, ein großer Zecher zu sein. Dann wird's wieder dahin kommen, wie es noch im sechszehnten Jahrhundert war, daß die **Spanier** vom **Deutschen Stolz**, und die **Italiener** vom **Deutschen Ungestüm** sprechen." — Wir geben nur den Kern der Rede. Sie umfaßte noch, wie gerade den munter-kräftigen Sprecher die Gedanken führten, mancherlei Abschweifungen. Sprüche des Tacitus, Sittenschilderungen der alten Germanen, Geschichten „aus der fröhlichen Zeit Deutschlands" würzten den Vortrag und dienten zur Bekräftigung des Gesagten.

— Der „Deutschen Ztg." zufolge ist dem Preußischen Bevollmächtigten eine **neue Erklärung des Berliner Cabinets** zugegangen, die eben so bestimmt als ruhig lautet. Sie hält den Standpunct der Note vom 23. Januar durchaus fest und spricht sich klar über den engern bundesstaatlichen Verband aus, in welchen einzutreten Preußen eben so wenig einen Staat zwingen wird, als es zugeben wird, daß irgend einer am Eintritte verhindert werde. Ferner enthält sie die näheren Erklärungen über das vorliegende Verfassungswerk der National-Versammlung. Die Ausstellungen, die daran gemacht werden, lassen sich zusammenfassen in solche, welche den Wunsch ausdrükken, die Selbstständigkeit der einzelnen in den Bundesstaat tretenden Staaten so viel als möglich zu schonen, und zweitens in solche, die darauf dringen, die Befugnisse des an der Spitze des Bundesstaates tretenden Oberhauptes so genau und scharf als möglich zu bestimmen.

Frankfurt, den 18. Febr. Die gestrige Versammlung der **Bundesstaatler** im Weidenbusch umfaßte gegen 200 Abgeordnete, wozu die mittleren Parlamentsparteien den Hauptstamm geliefert hatten. Von den Oesterreichern fehlten Alle bis auf Einen (Herr Mareck), der sich gleichfalls an der Verhandlung nur durch seine Gegenwart betheiligte. Von den Baiern hingegen hatten sich diejenigen eingefunden, die durch ihre Abstimmungen bereits als feste Anhänger eines festen deutschen Bundesstaats bekannt sind. Was die auf den äußersten Flügeln stehenden Parteien anlangt, so bemerkten wir vom Café Milani die Herren Graf Schwerin und von Selchow. Von der Linken die begabten Führer des Donnersbergs und deutschen Hofes: Herren Ludwig Simon von Trier und Vogt von Gießen. Hr. Reh aus Darmstadt faßt endlich am Schlusse nach längerer Berathung die Summe des Gegenstandes in der Mahnung zusammen: Alles, was die Nationalversammlung bisher berathen und gethan, ist untergeordnet gegen die jetzt zu treffende Entscheidung. Mit der Begründung des Bundesstaates erst beginnt das Eigentliche unserer Aufgabe (Beifall), und nun ist es die Pflicht jedes Patrioten, sich unter Verzicht auf sonstige Meinungsverschiedenheiten, um das Banner der Einheit zu schaaren! Diese Worte werden mit um so lebhafterer und dankbarerer Zustimmung empfangen, als sie von einem Mitgliede der entschieden linken Partei, der Westendhalle kommen, aus der übrigens eine große Anzahl und namentlich die Hannoveraner schon längst in der Bundesstaaats- und Oberhauptsfrage von dem verneinenden Theile des Hauses zu dem bejahenden übergetreten sind. Hr. Biedermann lenkt die Verhandlung auf das Formelle und nachdem noch Hr. v. Raumer aus Dinkelsbühl die unmittelbare Lesung des Verfassungsabschnittes vom Reiche und von der Reichsgewalt nach Erledigung des Wahlgesetzes gefordert hat — ein Vorschlag, welchem die Versammlung sodann durch Beschluß beipflichtet, werden folgende Herren durch Namensaufruf als diejenigen bezeichnet, aus deren Mitte ein engerer Ausschuß zum Entwurf des Vereinsprogramms ernannt werden soll. Die sieben Mitglieder, die letzteren bilden und den Entwurf bis Montag Abend den 19., wo sich die Versammlung im Weidenbusch wiederholt, vorlegen werden, sind durch gesperrte Schrift hervorgehoben: **Reh** aus Darmstadt, v. **Selchow** aus Preußen, Riesser aus Hamburg, Duncker aus Halle, Zell aus Trier, **Rüder** aus Oldenburg, **Grumbrecht** aus Hannover, Friedrich v. Raumer aus Berlin, **Löw** aus Posen, Biedermann aus Sachsen, Fuchs aus Breslau, Wernher von Nierstein, v. Laugenfeldt aus Braunschweig, **Waitz** aus Göttingen, Vogt aus Gießen und — da letzterer ablehnte, weil er der entgegenstehenden Vereinigung der Mainlust (Staatenbündler) zugesagt hat, ihre Vorschläge zum Bericht an die Linke anzunehmen — Herr **Wurm** aus Hamburg. Herr Vogt bezeichnet bei dieser Gelegenheit den Trennungspunkt der Linken in einer Weise, die alle Hoffnung giebt, daß sich der edlere Kern derselben den Einheitsbestrebungen anschließen wird. Wir fordern, sagt er, daß das Schwergewicht der deutschen Verfassung in das Volkshaus gelegt werde. Da die mittleren Parteien den ganzen Bundesstaat eben nur in dem Sinne einrichten, daß dies Volkshaus nicht nur einen Willen in sich, sondern auch die geschlossene Macht der Ausführung hinter sich und kein Schattenspiel eines zerfahrenen Staatenbundes von bloß scheinbarer Größe und trügerischer Einheit, sondern klare Verhältnisse um sich habe, so wird die Vereinigung nicht schwer sein.

Frankfurt a. M., den 19. Febr. Ueber das Befinden Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Reichsverwesers ist heute das nachstehende Bülletin ausgegeben worden:

„Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser hat gestern mehrere Stunden außer dem Bette mit Wohlbefinden zugebracht. Der Schlaf in der vergangenen Nacht war nicht anhaltend, aber auch der Husten minder belästigend.

Frankfurt, den 19. Februar 1849.

Dr. **Taubes**, Kaiserlicher Rath."

— Hier ist eine Deputation aus Braunschweig eingetroffen, bestehend aus den Herren Professor Dr. Aßmann, Buchhändler und Abgeordneter des Landes, Eduard Vieweg, Fabrikant Groß, Baumgarten, Mitredakteur der Reichszeitung. Sie begaben sich zu dem Präsidenten des Reichs-Ministeriums, Heinrich von Gagern, und Simson, dem Präsidenten der Reichs-Versammlung, um ihm eine Adresse des vaterländischen Vereins in Braunschweig zu übergeben.

Frankfurt, den 19. Febr. An der Versammlung Derjenigen, welche an einen Bundesstaat im Sinne der ersten Lesung festhalten wollen, nahmen etwa 200 Abgeordnete Theil, unter denen sich auch einige von der äußersten Linken befanden, die sich jedoch nicht an der Debatte betheiligten. Die Fraktionen der Linken wählten am 16. ihre Mitglieder in die Commission der österreichischen Coalition, und zwar der Donnersberg: v. Rheinstein, Schütz, Louis Simon; der deutsche Hof: Eisenstück, Rödinger und Vogt; die Westendhalle: Ravaux, Venedey und Vischer (Tübingen). Vorerst will aber die Linke nur die Vorschläge sich zur Kenntnißnahme bringen lassen, und an ein gedeihliches Resultat glaubt sie selbst nicht.

Frankfurt a. M., 19. Febr. **173ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

Die Sitzung wird nach 9½ Uhr durch den Präsidenten, Herrn Ed. **Simson**, eröffnet. Die Würtembergische Kammer theilt dem Präsidium ihre protokollarische Erklärung vom 14. Februar mit, die bekanntlich auf die verfassungsmäßige Vereinigung aller Deutschen Stämme, auch der Oesterreichischen, und wider das der National-Versammlung angemuthete Vereinigungs-Prinzip gerichtet ist. (Bravo!)

Bei der Besprechung der §§. 1. und 2. verlangt v. **Rappard** aus Berlin Gerechtigkeit gegen den Arbeiterstand, damit derselbe eine Stütze des Staats und ein Bundesgenoß der Freiheit werde. **Matthy** aus Karlsruhe will keine Vorrechte für den Besitz und auch keine Massenherrschaft. Damit der wahre Volkswille zur Erscheinung komme, müsse die Wahlfreiheit wie jede andere organisirt werden. Zu diesem Ende empfiehlt er den Verbesserungs-Antrag von **Veit**, **Plathner** und Genossen. Derselbe lautet:

„Die Zahl derjenigen, welche die Wahl des Abgeordneten vornehmen, beträgt in jedem Wahlbezirke ein Zehntel der Wahlberechtigten. Die eine Hälfte dieser Zahl besteht aus denjenigen, welche im verflossenen Steuerjahre in ihrem Wahlbezirke die höchste direkte Staatssteuer entrichtet haben. Die andere Hälfte wird von den übrigen Wahlberechtigten des Wahlbezirks aus ihrer Mitte gewählt. Welche Steuern zu den direkten zu rechnen oder denselben gleichzuachten sind, bleibt der Bestimmung der einzelnen Staaten überlassen."

Von dem Vortrage **Wiesner's** aus Wien werden kaum einzelne Aeußerungen verstanden, weil in der Versammlung die gesprächigste Unruhe herrscht. Der Redner eifert gegen die Hinaufsetzung der Wahlfähigkeit vom 21. zum 25. Lebensjahre. Entziehe man dem größten Theile des Volkes das Recht, welches ihm das Vorparlament und der Fünfziger-Ausschuß gegeben, so werde es seinen heiligen Berg zu finden wissen. — H. v. **Gagern** bekennt sich **zu der Partei**, wenn man es so bezeichnen wolle, die der Meinung sei, daß das allgemeine Stimmrecht mit dem Gemeinwohle sich nicht vertrage, und daß nicht das Stimmrecht ein nothwendiger Anhang jedes individuellen Bürgerrechts sei. Aus dem wie immer gediegenen und lichtvollen Vortrage, in welchem von **Gagern** seine Ansichten entwickelt, heben wir folgende Hauptsätze hervor.

Es giebt nach meiner Ansicht zwei Mittel für die nöthigen Garantieen des Wahlrechts. Diese zwei Beschränkungen sind indirekte Wahlen, oder bei direkten Wahlen gewisse Ansprüche an die bürgerliche Stellung des Wählers. Greifen Sie zu dem Mittel, umfassende Garantieen: Census, Vermögen, Einkommen, zu fordern, so entscheide ich mich für direkte Wahlen, umgekehrt für indirekte. Wie bei der Ausübung aller wichtigen Volksrechte muß auch bei den Wahlen der Ausdruck des wahren Volkswillens gesichert sein. Der Wähler muß versichert sein, daß ihn der Gewählte auch wirklich nach seiner Gesinnung vertrete. Daher muß ein unmittelbares Verhältniß zwischen den Gewählten und den Wählern herrschen, und dies ist nur durch indirekte Wahlen zu erreichen. Die Betriebsamkeit der Parteien ist eine berechtigte und wird auch dabei nicht fehlen. Allein sie ist durch kein Gesetz zu schützen.

Das Mißtrauen, ist hier gesagt worden, sei bei uns eine Pflicht der Freiheit. Wenn damit eine achtsame Obhut und Aufmerksamkeit auf die Handlungen der Beamteten gemeint ist, so stimme ich zu. Ich habe diese Obhut selbst mein Leben lang geübt. Aber in der Aufstachelung des Mißtrauens der Besitzlosen gegen die Besitzenden begeht man ein Verbrechen gegen die Civilisation. (Stürmischer Beifall.)

Ich fordere, daß die Ausübung des Stimmrechts im Sinne des Gemeinwohls stattfinde. Daß wir ganze zahlreiche Menschenklassen auszuschließen hätten, dawider erkläre ich mich. Wir haben kein eigentliches Proletariat in Deutschland, wogegen wir uns schützen müssen, und am wenigsten ist dazu zu rechnen der Dienstbotenstand, wie überhaupt die arbeitenden Klassen. Besonders die Dienstboten gehen bei uns häufig aus einer Jugend der ländlichen Bevölkerung hervor, die durchaus nicht blos zu den Armen gehört. Dennoch fordere ich, daß die Jugend nicht zu früh zur Ausübung von Rechten zugelassen wird, deren Bedeutung sie noch nicht kennt. Ich werde also für einen mäßigen Census stimmen, wenn die direkte Wahl aufrecht erhalten wird, und zwar nach dem Georg Beselerschen Verbesserungsantrage *). Wir haben persönliche Freiheit im weitesten Umfange, wir dürfen die politischen Rechte nicht beschränken, aber wir müssen bei ihrer Ausübung dafür sorgen, daß auch der Besitzende sich wohl und sicher dabei fühlen kann. (Wiederholter Beifall von der Mehrheit.)

Herr **Tellkampf** hält es ebenfalls für unrecht und unpolitisch, ganze Klassen oder Berufe von der Vertretung ausschließen.

Herr **Eisenstuck** aus Chemnitz kennt keine bessere Gewähr für den eigentlichen Ausdruck des Volkswillens, als direkte Wahlen. Der Redner kommt auf die Sebstständigkeit zurück, wovon er nur Ein Symptom anerkennt, den hingebenden Willen an die Gesammtheit und die klare Erkenntniß ihrer Bedürfnisse. Sie würde man viel häufiger im Arbeitsrocke als unter der Toga des Büreaukraten und unter dem Hermelin finden.

Ludwig Simon (von der Linken) spricht für das allgemeine Stimmrecht, indem er sich gegen den Ausschuß-Entwurf ereifert. Die ganze Naturgeschichte der Unselbstständigkeit, welche derselbe vorgelegt, sei falsch. Die Versammlung solle die volle Freiheit, aus der sie selbst hervorgegangen, retten, so werde sie auch die Einheit des Vaterlandes retten. (Beifall von der Linken.)

Nachdem noch einige Verbesserungs-Anträge verlesen und die Abstimmung über die Paragraghen durch Namens-Aufruf von Scheer und Wigard beantragt ist, wird die Debatte über §§. 1 und 2 geschlossen und die **morgende Abstimmung** vorbereitet, indem der Präsident die sämmtlichen vorliegenden Anträge zur Unterstützung bringt. Den Berichterstattern der Ausschußmehrheit und Minderheit ist das Schlußwort vorbehalten, worauf die heutige Sitzung 2¼ Uhr Nachmittags schließt.

Wien, den 19. Februar. Privatbriefe aus **Siebenbürgen** melden, daß **Cronstadt** von den Szeklern genommen sei, welche hierbei die gräßlichsten Schauderthaten ausübten, und die Sachsenstadt den Flammen preisgaben; dagegen soll General Bem in Gefangenschaft gerathen sein. Französische Blätter berichten, daß eine **Englische** Note auf eine energische Weise gegen die fortwährende Besetzung der Donaufürstenthümer durch Rußland protestirt hat. — Auch von Frankreich wird eine ähnliche Note erwartet. — Die Serbischen Angelegenheiten gewinnen von Tag zu Tag eine verwickeltere und schwierigere Gestaltung. Die in mehreren hiesigen Blättern wiederholte Angabe, als habe der Constitutionsausschuß sein Werk bereits vollendet, ist irrig. Er arbeitet noch immer mit anstrengender Thätigkeit an demselben, hofft es aber bis Ende dieses Monats vollenden zu können.

Wien, den 19 Febr. Der Bau der 4 **Forts um Wien** — am Laerberge, im Prater, auf der Schmelz und vor der St. Marxer Linie, soll jetzt in Angriff genommen werden. Das erstere, welches als das stärkste bezeichnet wird, soll nicht weniger als 8000 Mann

---

*) Wählbar ist jeder Deutsche, welcher 1) das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und 2) mindestens entweder a) 5 Fl. 15 Kr. rhein. (3 Thlr. preuß.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichtet, oder b) ein jährliches Einkommen 350 Fl. rhein. (200 Thlr. preuß.) oder c) ein Grundeigenthum zum Werthe von 350 Fl. (200 Thlr. preuß.) hat u. s. w.

fassen. — In Pesth will man wissen, daß die Universität nach Tornau und die Dykasterien nach Preßburg verlegt werden sollen. — Sämmtliche Minister, so wie mehrere Abgeordnete sind gestern von Kremsier angekommen und dürften hier einige Tage verweilen. — Aus Anlaß der Octoberereignisse dürfte Wien einen sehr interessanten Prozeß erleben. Die am Donaukanale und in der Franzensgasse am meisten beschädigten Fabriks- und Hausinhaber sind beim hiesigen Gemeinderathe um vollen Schadenersatz eingekommen, nachdem sie sich mit den renommirtesten Rechtsverständigen über die Möglichkeit der Durchsetzung ihrer Ansprüche berathen hatten. Der Gemeinderath hat seine Verpflichtung zu diesem Ersatze nicht anerkannt, sondern beschlossen, den Antrag wegen dieser Entschädigung bei jenen Behörden zu stellen, welche hierzu verpflichtet sind. Die Entschädigungssumme dürfte nahe an 3 Mill. Gulden C.-M. betragen. — Die 2 neuen über den Donaukanal beantragten Fahrbrücken sollen am Ausflusse des Wiener Flusses und des Alserbaches gebaut werden. Die erstere wird das Aerar bauen, die letztere einer Privatgesellschaft zur Herstellung überlassen werden. — Die neue, vom Kaiser bereits sanktionirte, sehr geschmackvolle Adjustirung der Armee, durch welche unter andern die sehr zweckmäßigen Waffenröcke eingeführt werden, wird mit 1. August ins Leben treten. — Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, Carl Albert habe sich in das Hauptquartier des F.-M. Grafen Radetzki geflüchtet.

— Einer so eben eingelaufenen weiteren Mittheilung des Feldzeugmeisters Nugent zu Folge hat die Garnison von Essegg bei 4500 Mann am 14. Vormittags 9 Uhr auf dem Glacis die Waffen abgelegt und sich ihrem legitimen Fürsten unbedingt unterworfen. Die Festung nebst allen Vorwerken wurde sofort von Grenz-Truppen und dem dritten Bataillon Piret unter Commando des Generals Trebersburg besetzt, welchem ganz vorzüglich die Eroberung dieses Platzes zuzuschreiben ist. Es fanden sich in der Festung 614 Geschütze von allen Kalibern, 2000 Centner Pulver, 74 Bespannungs-Pferde, ein sehr großes Approvisionement, worunter 400 Schlachtochsen, dann über 34,000 fl. C.-M. vorräthig. Wien den 17. Februar 1849. Vom Militär- und Civil-Gouvernement, Welden, F.-M.-L.

Kremsier, den 15. Februar. Heute blieb zur Abwechselung die Post von draußen aus; der „Schotek", eine satyrische Wochenbeilage zu den „Narodnj Nowiny" hat vollkommen Recht, wenn er in seinen „sieben Stoßseufzern ans Ministerium" singt:

„O Herr Bruck! o Herr Bruck!
Mit dem Wohlstand geht's zurück!
Und die Posten gehn wie Schnecken
Und die Eisenbahn bleibt stecken
O Herr Bruck! O Herr Bruck!" u. s. w.

Ich kann mir nicht versagen, wenigstens noch einen der genannten „Stoßseufzer" des Slavischen Charivari in freier Nachbildung hier mitzutheilen: er enthält einen allgemein gefühlten Herzenswunsch und lautet:

„O Herr Krauß, o Herr Krauß!
Zwanziger Zwanziger heraus!
Statt Papier laß Münze schauen
Wenn das Land dir soll vertrauen
O Herr Krauß, o Herr Krauß!"

Ja wohl ist's ein Leiden um unser Geldwesen mit lauter Papier und ohne Münze. Die Verlegenheit um Scheidemünze ist so groß, daß die Wirthe, statt herauszugeben, oft einen kurzen Schuldschein ausstellen, den sie dann wieder in Zahlung annehmen! Selbst das Kupfer ist sparsam im Umlaufe!

— Dem Reichstag in Kremsier ist eine Denkschrift übergeben worden von dem „zur Wahrung der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden bevollmächtigten Comité der mährischen jüdischen Gemeinden", die sich vor dem banalen Inhalt und dem kläglichen Ton ähnlicher Eingaben ebenso durch Kraft und Entschiedenheit der Sprache, wie durch interessante Mittheilungen über die Zustände der Juden auszeichnet. Einige Proben von letzterem werden von allgemeinem Interesse sein. Das pharaonische Gesetz, daß die Juden sich nicht vermehren dürfen, besteht noch in Mähren und Böhmen, die Heirathen sind daher verweigert, die Familienstellen, 5400 in dieser Provinz, dürfen nicht vermehrt werden. Hiermit ist der Demoralisation und Corruption die heimlichste Pforte geöffnet. Der Jude darf nur im Ghetto wohnen und der Tagesaufenthalt ist ihm bisher noch in mehreren Orten nicht gestattet, in Olmütz und Brünn darf einer wohnen. Der Jude kann aber auch nicht auswandern, denn ein Abzugsgeld von 15 pCt. nebst dreijähriger Familiensteuer sind ein förmliches Verbot des Wegziehens. Aber auch nicht aussterben dürfen die Juden, denn die schärfsten Anordnungen sind erlassen worden, die Familienstellen vollzählig zu erhalten, damit die Steuer vollzählig erhalten werde! Da die Juden extra eine Verzehrungssteuer zu zahlen haben, so müssen die nicht im Lande Wohnenden eine Entfernungssteuer von 2 Kr. täglich entrichten, und jene Juden, die sich über das Gebot des Koscherfleisches hinaussetzen und beim Christen essen, verfielen einer Fiskalstrafe! Der Jude darf keinen Grund besitzen; er darf keine christlichen Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter, Dienstboten, nicht einmal christliche Ammen halten und die freien Künste darf er nur im Ghetto ausüben. Kein Jude ist Advokat, Lehrer und Professor und trotz aller Auszeichnung im Heere wird er in den seltensten Fällen Offizier. Ferner waren die Juden bis in die letzte Zeit besondern Steuern unterworfen, so daß z. B. Nikolsburg mit 620 Familien an Judensteuern jährlich 14,100 Fl. zahlen mußte, wofür die Gemeinde solidarisch haftete, so daß der Vermögende die Taxe der Armen mit bezahlen mußte. Die Denkschrift verlangt dieser Lage gegenüber als einziges Heilmittel völlige Rechtsgleichheit und verwahrt sich gegen jede halbe Emancipation. Die Entschiedenheit ihrer Sprache ist um so bemerkenswerther, als die radikalen Elemente in Wien jüdischem Einfluß zugeschrieben werden und fanatischer Judenhaß durch die Wiener „Schandliteratur", die unter dem Schatten der Kanonen und in der Sonne des Belagerungszustandes wucherte, ja nach verschiedenen Angaben sogar durch die Geistlichkeit auf alle Weise gepredigt wird. (D. Z.)

Aus Ungarn, den 12. Febr. Nachrichten aus Siebenbürgen bestätigen wiederholt, daß General Bem mit seinem Heere am 25. Januar Herrmanstadt besetzt habe. — F.-M.-L. Puchner wollte die Insurgenten umzingeln, Bem aber gruppirte mit Benützung des Terrains seine Truppen in Masse, und warf sich dann mit so überlegener Kraft auf seines Gegners Centrum, daß er dasselbe sprengte und den rechten und linken Flügel in den Rücken nahm. Die Folge dieses Sieges war die Einnahme Herrmanstadts, welche von den Ungarn, da auf sie aus den Fenstern geschossen, geplündert wurde. Bei Zibakhaz an der Theiß soll ein heftiges Gefecht stattgefunden haben, von welchem man den Kanonendonner bis Czegled hörte. Augenzeugen versichern, daß es nach heftigem Kampfe den Insurgenten gelang, die Abbrennung der festen Theißbrücke zu verhindern. Reisende, die aus den Gegenden des Kriegsschauplatzes kommen, erzählen von gegenseitigen frevelhaften Grausamkeiten, die an die schauderhaften Zeiten des 30jährigen Krieges erinnern. Außer Bem und Dembinsky sind nun auch bei den Ungarn die polnischen Stabsoffiziere Sierakowsky, Kaminsky u. a. m. Ein franz. Offizier führt in Debreczin das Präsidium im ungar. Kriegsrathe. (Bekanntlich betheiligten sich auch franz. Ingenieuroffiziere bei den Aufständen Tökely's und Rakozy's.) Essegg hat sich den kaiserl. Truppen ergeben.

Pesth, den 13. Febr. Bei Szenta, wo der Prinz Eugen die Türken auf's Haupt geschlagen hat, ist ein entscheidender Kampf vor einigen Tagen gekämpft worden. Die Abtheilung der Serbischen Armee unter Obrist Czurducsky, eine etwas über 5000 Mann starke Macht, wurde daselbst von einem übermächtigen Gegner, man spricht von 19,000 Mann, angegriffen. Der Kampf dauerte lange, und die unverhältnißmäßig geringe Anzahl der Serben schien einem gewissen Untergang ausgesetzt zu sein, bis endlich, als sie bereits zu wanken angefangen hatten, die Bewohner von Szenta, denen man alle möglichen Waffen weggenommen hatte, ihren Brüdern mit Heugabeln und Schaufeln beisprangen; der übermächtige Gegner wurde in die Flucht geschlagen und bis Theresiopol verfolgt. Die Serben verloren 500, von den Truppen des Gegners sind 2000 Mann gefallen. Die Anführer der Serbianer waren der greise Erzpriester Nenadovics, welcher schon unter Kara Georg gegen die Türken gekämpft, und Sztojan Simics, gewesener Präsident des serbischen Senates.

Von der Oesterreichischen Grenze, den 20. Februar. Für Rechnung der Ungarischen (Kossuths) Regierung haben mehrere Agenten bedeutende Waffenlieferungen übernommen; mehrere Wagen haben die Oesterreichische Grenze glücklich passirt; gestern ist beim Ueberladen ein Faß gesprungen, die Gewehre fielen heraus; Grenzbeamte confiscirten den Transport (circa 2000 Stück) und Herr Poehnisch, Agent, ist nach Wadowice zur Haft gebracht.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 19. Februar. In voriger Nacht begab sich ein Polizeicommissar mit zahlreichen Agenten und einem starken Piket Gensd'armen nach den unter dem Namen des kleinen Bicetre bekannten geräumigen Gebäuden und verhaftete dort 58 Subjecte, die größtentheils schon früher in den Händen der Justiz waren; auch fand man eine Anzahl Waffen. In den vielen möblirten Logishäusern der Villette wurden ebenfalls zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — Napoleon Bonaparte soll den Botschafterposten zu Madrid annehmen wollen, den man ihm angeblich bloß deßhalb übertragen hat, um seiner in Paris, wo er dem Präsidenten der Republik und dem Ministerium lästig zu werden anfing, mit guter Art los zu werden. — Der General des „Peuple souverain" zu Lyon, von Bugeaud wegen zweier Artikel verklagt, ist vom Zuchtpolicei-Gerichte wegen des einen Artikels in contumaciam zu Geld- und Gefängnißstrafe verurtheilt, wegen des anderen aber vor die Assisen verwiesen worden.

— Auf dem vorgestrigen Balle des Präsidenten der Republik fielen besonders zwei Gegensätze auf: das Faubourg St. Germain war zahlreicher als je in den Tuilerieen unter Ludwig Philipp vertreten und mehrere Bergbewohner der National-Versammlung nahmen sich so hoffähig aus, als wären sie in jenem Faubourg geboren; man hätte fast glauben können, die Zeit, in welcher nach dem Worte des Propheten „der Wolf mit dem Lamme spielen würde", sei gekommen. Eine geistreiche Dame der genannten Vorstadt machte über diese Erscheinung der sonst so wilden Bergbewohner die Bemerkung: „Sie sind die wahren Löwen des Balles, allein sie sind nicht gefährlich, denn sie haben sich, ehe sie ihre Menagerie verließen, die Klauen abschneiden lassen." — Das schönste Wetter begünstigt unseren „fetten Sonntag", der jedoch weit entfernt ist, in irgend einer Weise seinen Vorgängern der Carnevale unter der Monarchie zu gleichen. Gar keine Maskenzüge, blutwenig Equipagen, aber Ueberfluß an polizeilichen Anstalten, damit die Maskenzüge und Equipagen Niemandem über dem Leib fahren. Um $3\frac{1}{2}$ Uhr ward in der Nähe des Faubourg Poissonière ein Wagen von der republikanischen Wache angehalten und angewiesen, in die Reihe der übrigen Wagen einzutreten. Die darin sitzenden Personen gaben in der That dem Kutscher hierzu den Befehl als sie auf einmal erkannt wurden — es war der Präsident der Republik mit dem Minister des Innern — und der Ruf: „Es lebe Bonaparte! Es lebe die Republik! schallte ihnen entgegen und zog eine solche Masse Neugieriger herbei, daß Louis Napoleon sich veranlaßt sah, gegen die Madelaine umzukehren, wohin ihn übrigens die Massen unter fortwährendem Rufe begleiteten. (K. Z.)

— Heute Mittags sind Briefe aus Genua vom 13. Februar eingegangen, welche melden, daß auch in Florenz die Republik proklamirt worden. Die Anhänger des geflohenen Großherzogs boten zwar Alles auf, um diesem Schritt vorzubeugen, namentlich wurden die Bewohner des flachen Landes in Bewegung gesetzt, um gegen Florenz zu marschiren; allein, wie jene Privatbriefe melden, blieben ihre Anstrengungen fruchtlos, und die Republik wurde proklamirt. In Venedig ist durch eine Rede Manin's die Theilnahme an der italienischen Constituante verkündet worden, worauf eine Illumination der Stadt zur Feier dieses Ereignisses stattfand.

— Heute Nacht ist ein außerordentlicher Eilbote nach Florenz mit Depeschen für unsern dortigen Geschäftsträger abgereist. Dem Letztern wird darin förmlichst aufgegeben, mit der provisorischen Regierung Toscanas keine diplomatischen, vielmehr nur die halbamtlichen, nothwendigen Beziehungen zu unterhalten, damit die Interessen der Franzosen nicht irgendwie gefährdet würden.

— Das Journal des Débats meldet Folgendes: Man versichert, daß die hier und in Turin beglaubigten toskanischen Gesandten, Fürst Poniatowski und Martini, welche gleichzeitig den Großherzog von Toscana auch bei dem Brüsseler Congreß vertreten sollten, erklärt haben, wie sie in keiner Weise Etwas mit der in Florenz bestehenden provisorischen Regierung zu schaffen haben wollten.

— Der Minister des Innern wird eine Theater-Inspektion einsetzen, welche ihm über die, die Ordnung und Sitte verletzenden dramatischen Werke berichten muß. Diese, mit dem Kabinet des Ministers unmittelbar zusammenhängende Inspektion wird den Advokaten am hiesigen Apellhofe, Hrn. Al. Laya, zum Vorsteher erhalten.

Die Patrie widerlegt auf amtlichem Wege die Nachricht, daß der Minister des Innern den Beamten die Theilnahme an Clubs und Volksvereinen, bei Vermeidung der Amtsentsetzung, untersagt habe.

— Der heil. Stuhl sendet einen franz. Geistlichen als Bischof von San Francisco in partibus nach dieser Goldstadt Californiens, um dem etwa entstehenden geistlichen Bedürfniß der Ausgewanderten zu genügen. Jener Geistliche nimmt auch für alle Fälle Missionare mit.

Großbritanien und Irland.

London, den 17. Februar. Die geologische Gesellschaft hielt gestern ihr Jahresfest, welchem unter Anderen der belgische Gesandte Vandeweyer und Sir R. Peel beiwohnten. Beiden wurden Toaste ausgebracht, und Peel sprach in seiner Dankrede die Hoffnung aus, daß Belgien auch ferner von Revolutionen und sonstigen Erschütterungen, welche die umliegenden Länder so schwer betroffen hätten, unberührt bleiben werde.

Niederlande.

Aus dem Haag, den 15. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ward ein Schreiben des Herrn Scharpenzeel-Heusch vorgelegt, der sich beklagt über die Schwierigkeit, als Abgeordneter von Limburg seinen Sitz in der Kammer einzunehmen, so lange Limburg im gegenwärtigen Verhältnisse zum deutschen Bunde steht. Er bittet die niederländische Regierung und Kammern um Aufklärung dieses Verhältnisses und erklärt, daß er bis zu vollständiger Belehrung über diesen Punkt nicht unbefangen im Haag mit tagen werde, da er zugleich Mitglied der Frankfurter Reichs-Versammlung sei. Man beschließt, bis zu endlicher Konstituirung der Kammer die Sache unentschieden sein zu lassen.

Italien.

Rom, den 9. Februar. Diese Nacht um 2 Uhr verkündete das Geläute aller Glocken die wirklich erfolgte Einsetzung der Republik. Sie war nach einer langen, anfangs stürmischen Sitzung der Constituente, welcher Masi nach der Niederlage des Ministeriums die Permanenz zu sichern gewußt hatte, durchgesetzt worden. Mamiani und Sterbini waren die Vertheidiger, wenn nicht der weltlichen Macht des Papstthums, doch des Status quo. Ersterer hatte bei einem langen, aber nicht sehr schlagenden Vortrage den Ausdruck „Geißel Italiens" gebraucht, mit dem er den Papst bezeichnete. Bald ertönte derselbe von vielen Lippen und wendete sich gegen ihn selbst. Als nach einer einstündigen Pause die Sitzung wieder begann, hatte sich bereits die Mehrzahl in den Gedanken der Absetzung des Papstes ergeben. Befürchtungen und Bedenken, welche Einzelne rege zu machen suchten, wurden zum Theil mit Hohn zurückgewiesen. Diesen Morgen verkündigte ein von Galletti unterzeichneter Anschlag die Vernichtung der weltlichen Macht des Papstthums und das große Ereigniß, dem zufolge sich der Staat „der römischen Republik glorreichen Namen" beigelegt hat. Der Fürst von Canino selbst hat sich während des Entscheidungskampfes verhältnißmäßig zurückhaltend benommen. Den Ausschlag haben die Deputirten der Romagna gegeben. Nicht gestimmt haben von 149 etwa nur 5, unter diesen Mamiani, der wiederholt gerathen hatte, mit einem so wichtigen folgenreichen Schritte doch wenigstens bis zum Zusammentritte der Constituente Italiana zu warten. Der um $1\frac{1}{2}$ Uhr Nachts erfolgte Beschluß für Erklärung der Republik ward von etwa 120 Stimmen gegen 20 gefaßt, und lautet: 1) Das Papstthum ist in der Wirklichkeit und von Rechts wegen von dem weltlichen Regimente des römischen Staates abgesetzt; 2) der römische Bischof wird alle nöthigen Garantieen dafür erhalten, daß er seine geistliche Gewalt unabhängig ausüben kann; 3) die Regierungsform des römischen Staates wird die reine Demokratie sein und den glorreichen Namen: Römische Republik, annehmen; 4) mit dem übrigen Italien wird die römische Republik in denjenigen Verbindungen stehen, welche die gemeinsame Nationalität erfordert.

Rom, den 10. Febr. Die Republik setzt sich, bis auf Wappen und Zeichen, überall an die Stelle der päpstlichen Gewalt. Wo sonst Cardinalshüte prankten, werden Freiheitsmützen angebracht! Der Obelisk des „Volksplatzes" (piazza del popolo), der schon so viele Jahrhunderte mit ihren Wechseln an sich vorübergehen sah, erhielt einen, von Fahnen umwehten, Freiheitsbaum, die päpstlichen Wappenschilder und St. Peters Schlüssel sanken überall unter dem Jubel der Menge, welche — mit Haken und Spaten bewaffnet — Aufzüge machte, während die Engelsburg 101 Kanonenschüsse erdröhnen ließ. — Heute sollen am Obelisk des „Volksplatzes" die Republikaner, wie es heißt, auf Canino's Kosten gespeist werden. Auf morgen ist ein Tedeum in der St. Peterskirche angesagt. An den Kirchen, frommen Stiftungen und Diplomatenwohnungen sind, wegen der kirchlichen Beziehungen, die sie zu dem Papste haben, die päpstlichen Wappen geblieben; sonst müssen sie binnen 3 Tagen, laut Regierungs-Befehl, überall verschwinden. — Die heutige amtliche Zeitung, der „Monitore Romano„ enthält die, vom 9. Morgens 1 Uhr datirte, „Grundverfügung" der constituirenden römischen Versammlung. Unterzeichnet ist diese Verfügung von dem Präsidenten G. Galletti und den 4 Schriftführern. Ferner enthält der Mon. folgenden Aufruf „an die Römer": „Ein großer Akt ist vollbracht. Die vereinigte National-Versammlung Eurer gesetzmäßigen Vertreter hat die Volkssouveränetät als die einzige uns zusagende Regierungsform, welche auch unsere Altvordern groß und ruhmreich gemacht, anerkannt. Die römische Republik wurde heut vom Capitol herab verkündet. Jeder, dem Vaterlande nicht abholde Bürger wird dieser Regierung schnelle und bereite Hülfe angedeihen lassen, zumal diese aus dem freien und allgemeinen Willen der Volksvertreter hervorgegangene Regierung die Pfade der Ordnung und Gerechtigkeit wandeln wird. Nach so vielen Jahrhunderten werden wir endlich ein einiges Vaterland und Freiheit haben. Zeigen wir uns dieser Gottesgabe würdig und die Römische Republik wird dauernd und glücklich sein. Rom, den 9. Februar 1849. Die Minister der republikanischen Regierung: Muzzarelli, Armellini, Galeotti, Mariani, Sterbini, Campello. F. Cerroti, Ministerraths-Sekretär." — Der Minister des Auswärtigen, Muzzarelli, hat, ebenfalls am 9., allen im Auslande beglaubigten Römischen Vertretern und Consuln ein Rundschreiben zugefertigt, worin er ihnen, unter Mittheilung der Grund-Verfügung anzeigt, daß er ihnen von den weiteren Beschlüssen der National-Versammlung Kunde geben werde. Bis dahin sollen sie, die Gesandten und Konsuln, mit allem Eifer auf Anerkennung der Republik dringen, welche letztere, da sie auf dem Volkswillen ruhe, die gesetzlichste Form der Erde sei. — Der Präfekt hat unter dem 8. eine Polizei-Verordnung in Betreff der Carnevals-Lustbarkeiten erlassen.

Florenz, den 11. Febr. Viele Deputationen von Gemeinden aus der Umgegend hatten den Großherzog zum Bleiben zu vermögen gesucht, jedoch vergebens. Die provisorische Regierung hat eine Anzahl Absetzungen und Anstellungen in den höheren Verwaltungs- und Militärstellen vorgenommen, eine Herabsetzung der Salzsteuer (welche ohnedies schon in Aussicht genommen war) decretirt und, „in Erwägung, daß Toscana sich zum eifrigen Kampfe für die Unabhängigkeit Italiens rüsten muß," einen Landesvertheidigungs-Ausschuß eingesetzt, 34 Platz-Commandanten für Toscana ernannt und einige andere militärische Anordnungen getroffen.

Ferrara. Die Andeutung über ausgebrochene Unruhen in Ferrara wird durch die neueste Mailänder Zeitung bestätigt. Schon am 6. d. wurde der Major Baron Blumenkron, als er sich mit mehreren anderen Offizieren aus der Citadelle in das in der untern Stadt gelegene Militairspital in Dienstangelegenheiten verfügte, von einem Haufen zusammengelaufenen Gesindels insultirt, so daß sich die Herren mit gezogenen Säbeln den Rückweg durch die Menge bahnen mußten. In Folge dessen erschien auf die vom Festungskommandanten erlassene Drohung, sofort die Stadt zu bombardiren, noch am nämlichen Tage eine aus Gliedern der Civica und der Linie bestehende Deputation in der Festung, die sich demüthig entschuldigte und feierlich versprach, daß ähnliches nicht wieder geschehen werde. Deßungeachtet wiederholte sich die Scene schon am nächstfolgenden Tage. Der Major Baron Blumenkron wurde mit den ihn begleitenden Offizieren ausgezischt, beschimpft, ja mit Steinwürfen verfolgt; zwei Soldaten, die sich im Dienste aus der Festung in die Stadt begaben, wurden tödtlich verwundet, so daß sie, der eine noch am nämlichen, der andere am darauf folgenden Tage starben, und der Oberlieutenant Carracin wurde in der Nähe des Kastells durch einen Schuß am Arm verwundet. Hierdurch war die Geduld des Kommandanten erschöpft, und er ließ um $12\frac{1}{2}$ Uhr Mittags drei Kanonenschüsse auf die Stadt abfeuern, was die beste Wirkung hervorbrachte, indem sogleich eine neue Deputation, bestehend aus dem Gonfaloniere der Stadt, dem Obristen der Civica und einem Gliede der provisorischen Regierung, erschien und demüthig um Schonung für die Stadt bat, die ihr auch gegen das feierliche Versprechen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, sofort gewährt wurde. In der Stadt war es mittlerweile zum Kampfe zwischen der Civica und dem Pöbel gekommen, die Ordnung ward jedoch wieder hergestellt.

— Am 11. Februar Abends gelangte die Nachricht von der Proklamirung der Republik zu Rom nach **Bologna.** Sofort Gesang und lärmende Musik in den Straßen, Menschenströme, Flüche und Verwünschungen überall. Das päpstliche Wappen wurde allenthalben von den öffentlichen Gebäuden heruntergerissen, dem Gespötte der Umstehenden Preis gegeben und mit Füßen getreten; das Ultimatum des Papstes wurde im Angesicht der Hauptwache auf dem Parktplatze verbrannt.

Locales 2c.

Posen, den 23. Februar. Gestriger Wasserstand 10 Fuß. Heutiger 10 Fuß 5 Zoll.

⊙ Aus dem zu reorganisirenden Theile am 22. Februar. Die Fälle mehren sich, wo das souveräne Volk eine offene Opposition gegen die Regierung und ihre Organe bildet, welche indeß, Dank ihrer Wachsamkeit, bis jetzt sich keine Blöße gegeben hat, denn so weit uns bekannt, hat dieselbe stets Mittel entfaltet, an denen jenes unzeitige Entgegenstreben sich brach oder zur Besinnung gebracht wurde. — So ist zum Beispiel in Dolzig gegen einen Beamten ein Erceß verübt worden, der zur Folge hatte, daß jenes Städtchen sofort eine Besatzung von einer Compagnie Infanterie erhielt. — Miloslaw, das in der Provinz genug bekannt sein dürfte, hat auch eine militärische Stütze zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, und zwar aus einer halben Compagnie bestehend, erhalten, weil man auch hier dem kaum eine Woche anwesenden Bürgermeister die Fenster einwarf, — und sich bei diesem Vergnügen für die Dauer nicht beruhigt haben würde. — In Gostyn mußte der Kreissecretair aus Rawitsch, der mit der Einführung eines neuen Magistratsdirigenten beauftragt war, mit einem Detachement Kavallerie erscheinen, weil er auch eine handgreifliche Opposition fürchtete, doch ging der Akt ohne Störung vorüber. — Am Meisten aber sind die Lehrer den verschiedentlichen Anfeindungen ausgesetzt. Es ist dem gemeinen Mann recht zuwider, daß diese so gut gestellt sind, denn er will immer einen billigeren, obgleich er genugsam weiß, daß der die Chaussee in Ordnung haltende Tagelöhner auch 8 Sgr. täglich erhält, wie die meisten Lehrer des „zu reorganisirenden Theils." —

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 25. Februar c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vorm.: Hr. Bischof Dr. Freymark. — Nm.: Hr. Prediger Schönborn.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Militair-Ober-Prediger Niese.
Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nm: Herr Pred. Post.
In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 16. bis 22. Februar 1849:
Geboren: 7 männl., 3 weibl Geschlechts.
Gestorben: 18 männl., 2 weibl. Geschl. — Getraut: 2 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 21. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26—$27\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. $25\frac{3}{4}$—$26\frac{1}{2}$ Rtlr. bez. u. G. Mai/Juni 27 Rthlr. Br., $26\frac{3}{4}$ G. Juni/Juli $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{4}$ G. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 14 G. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rtlr. Br. Febr. $13\frac{5}{12}$ Rtlr. bez. u. Br., $13\frac{1}{3}$ G. Febr./März $13\frac{1}{3}$ Rtlr. Br., $13\frac{1}{4}$ G. März/April dto. April/Mai dto. Mai/Juni dto. Juni/Juli $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G. Juli/August $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ à $\frac{5}{24}$ bez. u. G. Sept./Okt. $12\frac{1}{2}$ Rthlr bez. u. G. Leinöl loco 11 Rtlr. bez. u. Br., p. April/Mai $10\frac{3}{4}$ a $10\frac{1}{2}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $15\frac{1}{4}$ Rtlr. bez. u. Br., Februar $15\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. März $15\frac{1}{3}$ a $15\frac{1}{4}$ Rthlr. G. p. Frühjahr $15\frac{1}{4}$ Rtlr. bez u. Br., $15\frac{1}{2}$ G. Mai/Juni $16\frac{3}{4}$ a $16\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. G. Juni/Juli $17\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., 17 G.

Posen, den 23. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unveränd. $12\frac{1}{8}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 21. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{3}{8}$	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$	80
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$99\frac{3}{8}$	$98\frac{7}{8}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{4}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$98\frac{1}{6}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$85\frac{3}{4}$	$85\frac{1}{4}$
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	92	—
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{3}{4}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	90	89
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	78	—
" Prioritäts-	4	—	88
Berlin-Hamburger	4	—	53
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$94\frac{1}{2}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$57\frac{1}{2}$
" " Prior. A. B.	4	$84\frac{1}{2}$	—
" " "	5	$95\frac{1}{4}$	95
Berlin-Stettiner	4	$89\frac{1}{2}$	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	110	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{8}$	$71\frac{7}{8}$
" Prioritäts-	4	$86\frac{3}{4}$	—
" "	5	$99\frac{1}{4}$	—
" " III. Serie	5	95	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	$93\frac{1}{4}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	$93\frac{1}{4}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	51	$50\frac{3}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{3}{4}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.